<https://doi.org/10.1007/s10357-021-3935-y>

Wolfgang Kahl/Marc-Philippe Weller (Hrsg.), Climate Change Litigation. A Handbook, XXXI und 565 Seiten, Hardcover (Leinen), Verlag C. H. Beck, München in Gemeinschaft mit Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden und Hart Publishing, Oxford; München 2021, Preis: 200,00 Euro, ISBN 978-3-406-74389-4.

Klimaschutzklagen – gegen den Staat wie auch gegen Unternehmen – sind mittlerweile in einer ganzen Reihe von Rechtsstaaten der Welt zu einer vielbeachteten und zugleich hochumstrittenen Vorgehensweise geworden. Das mit diesen Klagen verbundene Ausloten der durch die Gewaltenteilung vorgegebenen Grenzen richterlicher Gestaltungsmöglichkeiten trägt – wie der Klimawandel insgesamt – bisweilen Züge eines Krisenphänomens. In Deutschland erregte namentlich die durch Germanwatch betriebene Klage eines Peruaners vor dem Oberlandesgericht Hamm gegen den Energieerzeuger RWE wegen dessen historischer CO₂-Emissionen großes Aufsehen. Eine vor dem Verwaltungsgericht Berlin erhobene Klimaklage gegen die Bundesregierung mit dem Ziel, diese zur Erreichung ihres selbstformulierten Klimaschutzziels 2020 zu verpflichten, wurde 2019 mit der Begründung abgewiesen, weder aus jenem Klimaschutzziel noch aus den Grundrechten könne eine solche Pflicht hergeleitet werden. Die Kläger verfolgen ihr Begehren nun mit einer Klimaverfassungsbeschwerde weiter. Erfolgreicher war ein vergleichbares Vorgehen in den Niederlanden, wo der Hoge Raad als oberstes Zivilgericht der Niederlande den Staat im Dezember 2019 unter Berufung auf die Europäische Menschenrechtskonvention verurteilte, die Treibhausgasemissionen des Landes bis Ende 2020 im Vergleich zu 1990 um 25% zu reduzieren, ohne dass die klimapolitischen Konsequenzen dieses Urteil leicht zu greifen wären.

Wie bereits diese wenigen Beispiele verdeutlichen, entzieht sich die Kategorie der Klimaklagen einer klaren Zuordnung zu einem Gerichtszweig oder zu einem bestimmten Rechtsgebiet. Da es regelmäßig ohnehin an konkreten gesetzlichen Vorgaben fehlt, wird vielmehr im Rahmen des allgemeinen Rechtsrahmens argumentiert, und die Kläger behelfen sich notgedrungen beispielsweise mit der Ableitung konkreter Klimaschutzpflichten aus nationalen und europäischen Grundrechten oder aus politischen Absichtserklärungen bzw. mit der Anwendung des allgemeinen Schadensrechts. Um solche Klagen zum Erfolg zu führen, müssen zumeist Vorbehalte des internationalen wie auch des innerstaatlichen Rechts durch juristische Auslegungskunst relativiert werden; letztlich sollen die Staaten und die Gesetzgeber auf diesem Wege gerichtlich zu einem effektiven Klimaschutz angehalten werden, wo es an demokratischen Mehrheiten fehlt. Wegen seiner Dynamik und Tragweite hat das Phänomen in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen kontroverse Diskussionen hervorgerufen und zu meist auf bestimmte Gebiete bezogenen Positionierungen geführt (so etwa für das zivile Haftungsrecht zuletzt die ablehnende Studie von G. Wagner, Klimahaftung vor Gericht, 2020).

Unabhängig von der notwendig auch umweltpolitisch geprägten Bewertungsfrage ist mittlerweile jedenfalls deutlich geworden, dass sich trotz der unterschiedlichen Einkleidung vielfach dieselben Grundfragen stellen, u. a. jene nach der rechtlichen Verbindlichkeit abstrakter Reduktionsziele, nach der geographischen und inhaltlichen Reichweite des Grundrechtsschutzes, nach Rolle und Selbstverständnis der Gerichte im Lichte der Gewaltenteilung sowie nach der innerstaatlichen Durchsetzung des zwischenstaatlichen Völkerrechts. Die Verarbeitung dieser Metafragen im Kontext unterschiedlicher Rechtsgebiete und Rechtsordnungen bedarf einer intradisziplinären Gesamtsicht auf das Recht. Die beiden Herausgeber des hier anzuzeigenden Handbuchs, Inhaber von Lehrstühlen für Öffentliches Recht und für Bürgerliches Recht an der Universität Heidelberg, verbinden die erforderlichen Kompetenzen bereits in eigener Person. Sie haben ein Autorenteam mit gut zur Hälfte deutschen Juristinnen und Juristen zusammengestellt, die aus unterschiedlichen Fachrichtungen, mit zum Teil divergierenden rechtspolitischen

Grundpositionen und aus der Perspektive unterschiedlicher nationaler Rechtsordnungen ein Gesamtbild auf das Phänomen liefern, mit dem das Werk zu Recht den Anspruch eines Handbuchs erhebt. Für das Jahr 2021 sind mittlerweile noch mehrere Sammelbände mit einer vergleichbaren Grundkonzeption angekündigt; Kahl und Weller sind jedoch offenbar besonders frühzeitig an die Vorbereitung für dieses groß angelegte Werk gegangen und dürften die aktuelle Diskussion daher verdienstermaßen besonders stark prägen.

Das durch die Fritz Thyssen Stiftung geförderte, in der erfolgreichen Reihe der Kooperationswerke der Verlage Beck, Hart und Nomos erschienene Werk gliedert sich in einen einleitenden Problemaufriss der Osloer Professorin *Christina Voigt* und nachfolgend in sechs Hauptteile: In Teil 1 „Fundamental Questions“ werden Grundfragen nach Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit (*Kloepfer/Neugärtner*), nach dem Verursacherprinzip (*Rehbinder*), der Gewaltenteilung (*Payandeh*) und den Grundrechten (*Groß*) erörtert. In dem eher kürzeren Teil 2 „Procedural Issues and Conflict of Laws“ behandeln *Lenarz* und *Kieninger* namentlich die zentrale Frage nach Reichweite und Grenzen der jeweiligen nationalen Gerichtsbarkeiten. Teil 3 „State Liability under International and European Law“ nimmt eine internationale Perspektive ein und diskutiert Einzelaspekte der völkerrechtlichen Staatenverantwortlichkeit sowie der unionsrechtlichen Haftung. Dem folgt der bei weitem ausführlichste Teil 4 „Climate Change Litigation – National Reports“ mit insgesamt neun einheitlich aufgebauten Länderberichten, die ein durchaus heterogenes Gesamtbild liefern: Während etwa in Italien oder Brasilien keinerlei Klimaklagen bekannt sind, wurden in den USA – einem der weltweiten Hauptemittenten – offenbar hunderte solcher Prozesse geführt, ohne dass dies eine effektive Klimaschutzgesetzgebung hätte erzwingen können. Teil 5 „Liability for Climate Damages – Germany as an International Pioneer?“ wendet sich dann speziell der deutschen Diskussion zu, lotet in sechs Beiträgen ganz unterschiedliche Rechtsgebiete – u. a. das Zivilrecht, das Gesellschaftsrecht und das Umwelthaftungsrecht – auf ihre Potentiale für Klimaschutzklagen aus und gelangt dabei zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Im abschließenden Teil 6 „Conclusions. Liability for Climate Damages – Synthesis and Future Prospects“ melden sich dann die beiden Herausgeber nochmals gemeinsam zu Wort, fassen die zentralen Aussagen und Erträge der Einzelbeiträge zusammen, ziehen eine Bilanz der Überlegungen des Bandes und würdigen das Phänomen der Klimaklagen als Baustein eines im Entstehen befindlichen effektiven Klimaschutzes.

Es ist angesichts des Umfangs in der Zahl der Einzelbeiträge nicht möglich, die einzelnen Kapitel und den Gedankenreichtum des Buchs im Einzelnen zu würdigen. Festzuhalten ist jedenfalls, dass durch den umfassenden Gesamtansatz, den weiten Blick in verschiedenen Rechtsgebiete und Rechtsordnungen und den schlüssigen Aufbau Strukturen und Zusammenhänge herausgearbeitet werden, die zumindest für den Rezensenten bislang so noch nicht erkennbar waren. Nicht zuletzt verdeutlicht das Werk exemplarisch die internationale Einbindung des deutschen Rechts in übergreifende Zusammenhänge und die Parallelität der Problemlagen. Das auch äußerlich ansprechend gestaltete Handbuch hebt die bisherige Diskussion qualitativ und perspektivisch auf eine neue Stufe.

Open Access. Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.